

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Jede Stimme entscheidet!

Die Nationalratswahl am 29. September bringt eine Richtungsentscheidung mit sich. Der Sozialdemokratie stehen das neoliberale Politikkonzept der Konservativen und die rassistische Propaganda der FPÖ gegenüber. Neu in der politischen Landschaft: ein gewerkschaftsfeindlicher und schrulliger Milliardär. Eine Koalition mit der FPÖ hat bisher nur die SPÖ unter ihrem Vorsitzenden, Bundeskanzler Werner

Faymann, ausgeschlossen. Der ÖVP-Obmann hält sich die Option einer schwarz-blauen Koalition noch immer und trotz alledem offen: Jeder Partner sei ihm recht, hat Spindelegger gesagt. Dass sich Strache und Spindelegger dabei von Stronach auf den Sattel helfen lassen, ist gut möglich. Das kann nur eine gestärkte SPÖ verhindern, an der es nach der Wahl kein Vorbeikommen gibt. Jede Stimme entscheidet! ■

Die SPÖ kämpft unter ihrem Vorsitzenden, Bundeskanzler Werner Faymann, für menschenwürdige Arbeitsplätze, faire Bildung und mehr Gerechtigkeit



SPÖ/Zimmer

Wahlaufruf zur Nationalratswahl am 29. September 2013

Liebe Genossen, liebe Genossinnen!

Ja, wir wissen es! Wir Sozialdemokraten müssen bis zum 29.9.2013 unser Bestes geben! Unser Bestes, damit unser gemeinsam Erreichtes und unsere stets verteidigten Grundwerte, wie FREIHEIT – GLEICHHEIT – GERECHTIGKEIT – SOLIDARITÄT, uns nicht verloren gehen.

In vielen Ländern im Osten und Westen Europas und im Orient herrschten konservative diktatorische Regierungen und korrupte Machthaber. Die Menschen dieser Länder haben allzu lange sich der Gewalt gebeugt und Korruption geduldet und wurden dabei immer ärmer!

Wir Sozialdemokraten und Antifaschisten haben immer versucht, uns zu wehren. Doch auch wir mussten oft der Gewalt weichen, da im vorigen Jahrhundert die Menschen aus Angst, Not und Armut ihr Heil

bei dem starken Mann zu finden glaubten, aber den Austrofaschismus und die Nazidiktatur fanden.

Viele unserer Zeitzeugen, die leider nicht mehr unter uns sind, haben nach 1945 versucht, aus ihrer leidvollen Erfahrung heraus unser Land vor einem neuerlichen Faschismus zu bewahren und die Menschen zu warnen. Auch sie haben, und einige leben noch, immer ihr Bestes gegeben!

In der Gegenwart sind die furchtbaren Ereignisse fast vergessen oder verdrängt. Wir alle haben uns in unser Wohlergehen gemütlich eingekuschelt.

Nur wir Freiheitskämpfer/innen versuchen auf neuerliche Gefahren hinzuweisen, zu mahnen und die Vergangenheit, so traurig sie war, lebendig zu halten und „NIEMALS ZU VERGESSEN“!

Und wir wissen auch, dass DEMOKRATIE nur eine Regierungsform ist und demokratisches Denken und Handeln noch gelernt werden muss.

Hüten wir uns auch vor einem unschwelligen Rechtsextremismus, der so wie der Faschismus auf Neid, Hass und Missgunst aufbaut und mit nationalem und religiösem FANATISMUS agiert.

Alle diese Begriffe sind nur Mittel dafür, Macht zu erlangen und die Demokratie zu schwächen oder gar zu zerstören.

Hüten wir uns aber auch, selbstgefällig zu glauben, wir Österreicher seien auf einer Insel der Seligen und ohne unser Engagement – das nie enden soll – werde es so bleiben!

Heute tritt uns der neue Faschist, Rechtsextremist mit hübschem, ansprechendem Äußeren entgegen, ist gebildet und ist daher gefährlicher, als es einst die Nazis waren, deren Motive für einen aufmerksamen Sozialde-

mokraten und Antifaschisten eher durchschaubar waren.

Unsere PARTEI IST AUF DEM richtigen Weg, wenn sie ganz besonders die ARBEIT in den Mittelpunkt der Wahlwerbung und der Information stellt. Denn nur die ARBEIT bedingt die uns am Herzen liegenden Nebeneffekte: wie GESUNDHEITSFÖRDERUNG, BILDUNG, gesicherte PENSIONEN und vieles mehr. Also alle unsere GRUNDWERTE und IDEALE, zu denen wir stehen und die einen sozial gerechten Staat ausmachen.

Hier stehen wir FREIHEITSKÄMPFER/INNEN Seite an Seite mit unserer Partei – der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS.

„NIEMALS VERGESSEN“ und „DIE ARBEIT HOCH ...“

Im Namen unseres Bundes:
Ernst Nedwed, Hannes Schwantner, Herta Slabina ■

„Die Menschen können sich auf die SPÖ verlassen“

Volles Haus beim Wahlauf-takt der SPÖ: Vor mehr als 1.500 Genossinnen und Genossen betonte Werner Faymann, dass die SPÖ die Menschen vor Lohn- und Pensionskürzungen schützt: „Mit der SPÖ an der Spitze der Regierung wird es keinen Abbau von Arbeitnehmerrechten geben.“ Sowohl der Bundeskanzler als auch der Wiener SPÖ-Vorsitzende, Bürgermeister Michael Häupl, warnten in ihren Reden eindringlich vor einer Neuauflage von Schwarz-Blau.

In seiner viel beklatschten Rede stellte SPÖ-Spitzenkandidat Bundeskanzler Werner Faymann klar: „Die Menschen können sich auf die SPÖ verlassen. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass wir das Land gestärkt in eine bessere Zukunft führen können.“ Der

Bundeskanzler verdeutlichte auch, dass es am 29. September um eine Richtungsentscheidung gehe. So gibt es den falschen, neoliberalen Weg mit „haltloser Privatisierung und hoher Arbeitslosigkeit“, den Schwarz-Blau schon einmal eingeschlagen hat. Und es gibt den richtigen Weg: um jeden Arbeitsplatz kämpfen und Österreich gerechter machen. Klare Ansagen gab es für kräftige Investitionen in die Bildung (Kinderbetreuung, Ganztagschulen) und in ein stärkeres Pflegesystem. Dafür braucht es Instrumente wie Steuerbetrugsbekämpfung, Millionärssteuer und Finanztransaktionssteuer. Eine Absage gab es von Faymann an die von der ÖVP betriebene Verunsicherung der Arbeitnehmer und Pensionisten (Stichwort 12-Stunden-Arbeitstag und Anhebung des Pensionsalters). ■



Unterstützung bekam Werner Faymann auch von Altbundeskanzler Dr. Franz Vranitzky

1.500 Genossinnen und Genossen besuchten den Wahlaufakt im Wiener Museums-Quartier



Unterstützungsinitiative für Bundeskanzler Werner Faymann

Bei der „Initiative für Bundeskanzler Werner Faymann“ handelt es sich um 100 Personen aus allen Bereichen der Gesellschaft, die das Engagement für eine Wiederwahl Werner Faymanns als Bundeskanzler eint. Mit dabei sind zum Beispiel der uns Freiheitskämpfer/innen bestens bekannte Rudi Gelbard, Journalist und Publizist Ari Rath, IKG-Ehrenpräsident Ariel Muzicant, Altbundeskanzler Franz Vranitzky, PVÖ-Präsident Karl Blecha, Nobelpreisträger Eric Kandel, Schauspieler Gert Voss, die Schauspielerin Dolores Schmidinger und viele mehr. Die Begründungen für das Engagement sind so vielfältig wie die Menschen, die jeder und jede für sich eine persönliche Handlungsmotivation haben. Prof. Rudolf Gelbard unterstützt den

Kanzler, „weil Werner Faymann mehrfach entschieden eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen hat“. Der Umstand, dass Faymann „seinem Amt hervorragend gewachsen ist und den Mut hatte, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Terror der Nazi-Herrschaft zu erklären“, ist etwa einer der ausschlaggebenden Gründe Ari Raths, sich politisch in dieser Wahlbewegung klar zu deklarieren. ■



Freiheitskämpfer Rudi Gelbard unterstützt Werner Faymann

Wahlprogramm: 111 „Projekte für Österreich“

Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Wohnen, sichere Pensionen und Gesundheitsversorgung – das sind die Schwerpunkte im Wahlprogramm der SPÖ. In 111 Projekten formuliert die SPÖ ihre politischen Forderungen für die kommenden fünf Jahre. Zehn Projekte stammen aus den Diskussionen der Bürgerdialoge, sind also direkte Forderungen der Bürger an die Politik.

„Highlights“ aus dem Wahlprogramm:

- Konjunkturpaket im Umfang von 1,5 Mrd. Euro: 14.000 neue Wohnungen, 60.000 neue Arbeitsplätze
- Österreichweiter Lehrlings-Ausbildungsfonds
- Rechtsanspruch auf Weiterbildung
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen
- Ein-Personen-Unternehmen sozial besser absichern
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer
- Arbeitseinkommen entlasten – Millionärssteuer ab 1 Mio. Euro
- Bankenabgabe verlängern, Reform der Gruppenbesteuerung
- Keine Privatisierungen
- Familienbeihilfe für alle erhöhen
- Top-Jugendticket für Lehrlinge und Studierende
- Steuerbetrug bekämpfen, Finanzmärkte regulieren
- Jugendgerichtshofiedereinführen
- Besseres Unterhaltsrecht für Kinder
- 25.000–50.000 neue Wohnungen durch geförderten Wohnbau
- Neues Mietrecht: Deckel auf Zuschläge, Maklergebühr zahlt Vermieter
- Staatliches Pensionssystem sichern
- Ausbau der Ganztagschule
- Gemeinsame Schule bis 14
- Keine Studiengebühren
- Verbot des kleinen Glücksspiels



ÖVP: Hauptsache Kanzler?

Die ÖVP hat 2000 schon einmal die FPÖ ins Boot geholt, um den Bundeskanzler zu stellen – wohlgerne als damals drittstärkste Kraft. ÖVP-Obmann Spindelegger hält sich die Option bewusst offen, in Schüssels Fußstapfen zu treten. Jeder Partner sei ihm recht, hat Spindelegger gesagt. Denkbar ist auch, dass sich Strache und Spindelegger notfalls auch von einem schrulligen Milliardär in den Regierungssattel helfen lassen.

Alleine der Gedanke an die Zeit der schwarz-blauen Regierung sorgt bei vielen noch immer für Kopfschmerzen. Der soziale Friede in Österreich war nach der Angelobung der Schüssel-Regierung dahin: Hunderttausende gingen auf die Straße, um gegen Schwarz-Blau zu demonstrieren. Gründe dafür gab es genug: Rekordarbeitslosigkeit trotz Hochkonjunktur, steigende Armut, Zweiklassenmedizin durch Selbstbehalte, Studiengebühren – um nur einige Stichwörter aus der Regierungsbilanz von Schüssel, Grasser, Strasser und Co. zu nennen.

Wie weit die ÖVP für die Kanzlerschaft geht, hat sie bereits 2000 gezeigt. Befürworter einer schwarz-blauen Koalition sind in den Reihen der ÖVP trotz der katastrophalen Bilanz nicht gerade rar gesät. So hob etwa Finanzministerin Fekter – stellvertretende ÖVP-Chefin – gegenüber einer Tageszeitung hervor, dass vor 2007 viel weitergegangen wäre. Gegenüber dem ORF-Radio hat-

te Spindelegger erst vor kurzem noch offenherzig bekundet, dass ihm jeder Partner recht sei.

Es ist also auch dieses Mal nicht auszuschließen, dass die ÖVP um jeden Preis den Bundeskanzler stellen möchte. Was eine Koalition mit den Recken der FPÖ und der Polit-Söldnertruppe eines gewerkschaftsfeindlichen kanadischen Milliardärs „entfesseln“

würde, hat Spindelegger bereits klargemacht: Pensionskürzungen, 12-Stunden-Arbeitstag, Privatisierungen, Studiengebühren sowie einen absoluten Stillstand in der Bildungspolitik. Verhindert werden kann das nur durch eine gestärkte Sozialdemokratie, die ein so deutliches Votum erhält, dass es nach der Wahl kein Vorbeikommen an einer SPÖ-Regierungsbeteiligung gibt. ■

Was wäre, wenn ...

Was passieren würde, wenn Spindelegger gemeinsam mit der FPÖ und dem Team Stronach eine Koalitionsregierung bildet, lässt sich nur erahnen. Bisher hat die ÖVP mit Forderungen wie dem 12-Stunden-Tag, einer vorgezogenen Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, Privatisierungsvorschlägen und anderen Grauslichkeiten aufhören lassen. So oder so ähnlich könnte ein Tageszeitungsbericht aus dem schwarz-blau-gelben Regierungsaltag aussehen:

„Regierung präsentiert Entfesselungs-Paket.

Nach dem Ministerrat hat Kanzler Spindelegger gemeinsam mit seinen Vizekanzlern Strache und Stronach ein ‚Reform‘-Paket präsentiert. Spindelegger spricht vom ‚größten politischen Wurf seit den Pensionsreformen unter Wolfgang Schüssel‘. ‚Endlich brauchen wir nicht mehr die Zustimmung der Gewerkschaften, wenn es um flexiblere Arbeitszeiten geht‘, lobt der ÖVP-Chef die

Novelle des Arbeitszeitgesetzes, wonach Arbeitnehmer nun bis zu zwölf Stunden täglich eingesetzt werden dürfen. Stronach überlegt, nach der ÖBB-Privatisierung selbst Anteile zu halten. Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer lobten vor allem die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Männer und Frauen auf 70 und den neuen Selbstbehalt für alle Gesundheitsleistungen. ‚Längst überfällig‘ sei das gewesen, so Wirtschaftskammerpräsident Leitl.“

Freiheitskämpfer/innen verurteilen Aktivitäten der Facebook-Hassgruppe „Wir stehen zur FPÖ“

Das Nachrichtenmagazin „News“ deckte eine geheime Facebook-Gruppe namens „Wir stehen zur FPÖ“ auf. Antisemitische Hasstiraden, NS-Verherrlichung und Moslembedrohung werden dort offenbar von Mitgliedern der 150 Personen zählenden, handverlesenen Gruppe gepostet. Unter den Facebook-Freunden sollen sich laut „News“ auch hochrangige FPÖ-Funktionäre befinden. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en verurteilte die rassistischen und antisemitischen Hasstiraden der Hass-

gruppe in einer Aussendung aufs Schärfste. „Das ist ein neuerliches Beispiel für die Nähe der Freiheitlichen zur menschenverachtenden und ewiggestrigen Ideologie der radikalen Rechten. Für die extreme Rechte erfüllt die FPÖ ganz offensichtlich immer noch eine wichtige Scharnierfunktion. Solche Hassprediger haben in einer Demokratie nichts verloren“, sagte Hannes Schwantner, stellvertretender Bundesvorsitzender und Wiener Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen. Auf widerlichste Weise wird in der Facebook-Gruppe gegen Muslime und politisch Andersden-

kende gehetzt. Auch vor Aufrufen zu Gewaltverbrechen und NS-Glorifizierungen wurde auf der Seite nicht zurückgeschreckt. „Alle Parteien und Politiker in Österreich, die sich zu Demokratie und Rechtsstaat bekennen, sind gefordert, sich von der FPÖ endlich klar zu distanzieren. Verhetzungen dergestalt dürfen in einer freien und demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben“, appelliert Herta Slabina, stellvertretende Bundesvorsitzende.

„Strache muss sich umgehend davon distanzieren und die rechten Hetzer ihrer Ämter entheben“,

sagte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos. Von der ÖVP und Spindelegger forderte Darabos, „endlich Haltung zu zeigen und eine Koalition mit der FPÖ auszuschließen. Wie lange will Spindelegger noch warten, um eine Zusammenarbeit mit der FPÖ auszuschließen?“ Die offenkundige NS-Wiederbetätigung und die Morddrohungen, die in dieser Facebook-Gruppe gepostet werden, sind darüber hinaus ein klarer Handlungsauftrag für die Innenministerin. „Die Innenministerin soll lieber rechte Hetzer anstatt sozial Schwache ins Visier nehmen.“ ■

Peter Gstettner mit hoher

Für seinen unermüdlichen Einsatz für eine neue Kärntner Be- und Gedenkkultur auf der Grundlage zeitgeschichtlicher Forschung überreichte Bundesminister Gerald Klug am 5. August 2013

dem emeritierten Klagenfurter Universitätsprofessor Dr. Peter Gstettner im ehemaligen Offizierskasino der Khevenhüller-Kaserne in Klagenfurt das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Der Erziehungswissenschaftler Peter Gstettner gründete 1994 das „Mauthausenkomitee Kärnten/Koroška“. In den Vereinen „Memorial Kärnten/Koroška“ und „Peršman“ ist er Mitglied der Vorstände. Bei der feierlichen

Überreichung der Bundesauszeichnung waren u. a. Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stv. Gaby Schaunig anwesend.

LH Kaiser nannte Gstettner einen streitbaren Geist, der als

Gedenkstätte Groß-Rosen

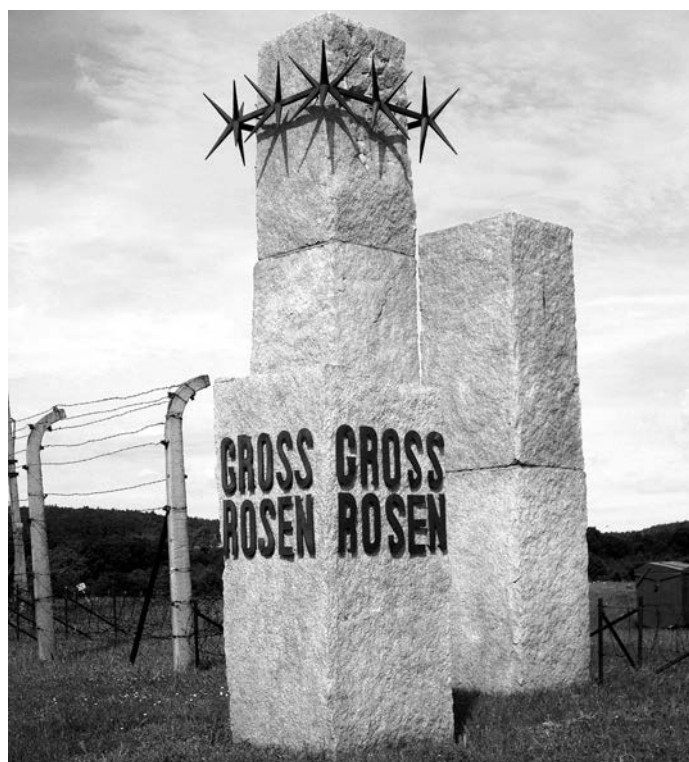
Das in Niederschlesien westlich von Breslau/Wrocław gelegene Lager Groß-Rosen (heute Rogoźnica) wurde von der SS im August 1940 als Außenlager des KL Sachsenhausen gegründet. Die Häftlinge mussten Zwangsarbeit im örtlichen Steinbruch, der kurz vorher von der DEST (Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH, einem SS-Unternehmen) erworben wurde, leisten. Am 1. Mai 1941 erhielt Groß-Rosen den Rang eines eigenständigen Konzentrationslagers (Lagerstufe II, für „schwer belastete, jedoch erziehungs- und besserungsfähige Schutzhäftlinge“, wie es im SS-Jargon hieß). In den ersten beiden Jahren des Bestehens war das Lager ein vergleichsweise kleines Lager zum Zweck der Steinproduktion. Infolge der vernichtenden zwölfstündigen Steinbruch-Arbeit täglich, den Hungerrationen, fehlender Schutzkleidung, der ständigen Misshandlung durch grüne Kapos und SS-Wachmannschaften war die Sterblichkeit hoch. Seit 1943 betrieb die Gestapo Breslau hier auch ein sog. „Arbeitserziehungslager“.

Ein grundlegender Ausbau des Lagers erfolgte 1944 (davor waren zwischen 500 und 1.000 Häftlinge monatlich eingesperrt). Sowohl der Charakter des Stammlagers wandelte sich (von der „Vernichtung durch Ar-

beit“ hin zur höchstmöglichen Ausnutzung der Arbeitskraft) und es entstanden 100 Außenlager, vor allem in Niederschlesien, den Sudeten und im Mittelodergebiet, d. h. im heutigen Polen, Tschechien und Deutschland. Im Eulengebirge, das ist südlich des Stammlagers, mussten die Häftlinge einen riesigen unterirdischen Tunnelkomplex für ein geplantes Führerhauptquartier anlegen. Dieses große Außenlager hieß „Arbeitslager Riese“ und setzte sich aus vier großen und zwölf kleineren Lagern zusammen. Diese wurden von der Organisation Todt verwaltet. Niederschlesien galt als der „Luftschuttkeller“ des Nazi-Reiches, sodass 1943 und 1944 auch Teile der westdeutschen Rüstungsindustrie dorthin verlegt wurden.

Bis zum 10. Juni 1944 überschritt die laufende Häftlingsnummierung die Zahl 49.200. In den letzten Monaten des Jahres 1944 wurden ca. 1.730 sog. „Nacht und Nebel“-Häftlinge, d. h. hauptsächlich Mitglieder der Widerstandsbewegung aus Belgien und Frankreich, die unter Geheimhaltung ihres späteren Schicksals ins Reich deportiert wurden, nach Groß-Rosen gebracht.

Insgesamt mussten durch das KL Groß-Rosen und seine Außenlager etwa 125.000 Häftlinge ge-



hen, darunter 2.500 sowjetische Kriegsgefangene, die fast alle erschossen wurden, sowie Ende 1944 zigtausende „evakuierte“ Häftlinge aus Auschwitz. Die weitaus größte Häftlingsgruppe kam aus Polen (davon etwas mehr Juden als Nicht-Juden), danach Bürger der Sowjetunion sowie aus weiteren 23 Ländern. Die ungefähre Opferzahl wird auf 40.000 Menschen geschätzt, die SS vernichtete 1945 alle Unterlagene. Am 13. Februar 1945 erreichten Sowjetsoldaten der 70. motorisierten Brigade der 3. Gardepanzerarmee das vollständig verlassene, leere Lager Groß-Rosen.

Ein erstes Mahnmal wurde 1953 auf dem ehemaligen Lagergelän-

de errichtet. Im Jahr 1983 wurde ein Museum ins Leben gerufen, das heute in verschiedenen Ausstellungen in wieder errichteten Häftlingsbaracken und SS-Gebäuden eine Reihe von Originalgegenständen zeigt. Museum bzw. Gedenkstätte werden von der niederschlesischen Woiwodschaft betreut, das Engagement und das Bemühen der MitarbeiterInnen nach einer zeitgemäßen Ausstellung mit modernen Mitteln muss man würdigen. Eine bessere finanzielle Ausstattung wäre wünschenswert, damit dieser Ort des Gedenkens und der Mahnung seinem Stellenwert entsprechend gestaltet werden kann. Der Besuch ist heute schon zu empfehlen.

Gerald Netzl ■

Bundesauszeichnung geehrt

Lehrender an der Universität und als treibende Kraft im Mauthausenkomitee und im Verein Memorial mit viel Wissen, Energie und Engagement viel zur politischen Aufklärung über die Zeit der Naziherrschaft in Kärnten und über den Anteil von Kärntnern an den Naziverbrechen getan hat. Seine Arbeit reicht weit zurück, so habe er sich auch für das zweisprachige Schulwesen in Kärnten eingesetzt.

Bundesminister Klug betonte in seiner Laudatio, dass für die Überreichung der Bundesauszeichnung bewusst die Khevenhüller-Kaserne und nicht die Universität Klagenfurt gewählt wurde. Die heute vom Bundesheer genutzte Kaserne wurde 1940/41 als Gebirgsjägerkaserne und als SS-Junkerschule errichtet. Auf dem Kasernenareal befand sich von 1943 bis 1945 eines der zahlreichen Außenlager des KZ Mauthausen. Die KZ-Häftlinge wurden unter anderem zu Löscharbeiten bei Bombenangriffen auf Klagenfurt und beim Bau der Offiziers-

siedlung eingesetzt. Am 7. Mai 1945 wurden die Häftlinge ins KZ-Doppellager Loibl „evakuiert“. Mit dem 8. Mai 1945, der Niederlage des Hitlerregimes, verschwanden die Kärntner KZ physisch und aus der allgemeinen Erinnerung. Dank der Initiative von Peter Gstettner konnte 2007 eine Gedenk-

tafel, die an die Existenz des Außenlagers erinnert, beim Eingang in die Kaserne angebracht und vom damaligen Verteidigungsminister Darabos enthüllt werden. Das Bundesheer hat zahlreiche Kasernen nach österreichischen Widerstandskämpfern benannt. Damit ehrt das Bundesheer jene Frauen und Männer, die zur Niederlage der Nazi-Diktatur und zur Wiedererrichtung des demokratischen Österreichs beigetragen haben. Peter Gstettners unermüdliches Wirken war insbesondere darauf ausgerichtet, die vielen, über ganz Österreich verstreuten NS-Tatorte ins Bewusstsein der örtlichen Bevölkerung zu heben und mit der Jugend eine dezentrale Erinnerungskultur zu entwickeln.



Kärntner Landesregierung

In seiner berührenden Dankesrede zeigte sich Peter Gstettner von der hohen Auszeichnung überrascht und meinte in seiner bescheidenen Art, dass mit der Auszeichnung auch die Arbeit des Mauthausen Komitees gewürdigt wird. Zudem würden jene Menschen geehrt, denen unsere Arbeit gewidmet ist. Er betonte, dass seine Arbeit von vielen Hinder- und Ärgernissen

begleitet war und er sich selbst als Stachel im trägen Fleisch verstehe. Die jahrzehntelange verordnete Landesgeschichte, der Geschichtsrevisionismus und die NS-Nostalgie des Kameradschaftsbunds und des Abwehrkämpferbunds verliere erst seit kurzem an Bedeutung. Mit Genugtuung stelle er fest, dass sich seit der Gründung der Universität Klagenfurt immer mehr junge StudentInnen für Zeitgeschichte interessieren, an Forschungsarbeiten teilnehmen und sich als KZ-Außenlager-Guides ausbilden lassen.

Ali Koblacher ■

Wir gratulieren: Juli bis September 2013

97. Geburtstag: Valerie Langer, Wien. **94. Geburtstag:** Gertrude Scholz, Graz; Karl Leidenfrost, Neulengbach; Emma Sassik, Heinrich Zabinsky, Wien; Franz Heidmeier, Wolkersdorf. **93. Geburtstag:** Leopoldine Feichtinger, Linz; Heinrich Salfenauer, Salzburg; Franz Weiss, Steyr; Maria Panek, Josef Zlesak, Wien. **92. Geburtstag:** Elsa Zillinger, Linz; Adelheid Holzinger, Horst Klammerth, Leopoldine Kredba, Michael Topainer, Hildegard Wondratsch, Wien. **91. Geburtstag:** Angela Haslinger, Linz; Johann Kaplan, Walther Kölnberger, Karl Mayerhofer, Wien. **90. Geburtstag:** Elfrieda Quast, Gmünd; Erhard Pickheim, Graz; Anna Probst, Hornstein; Bibiane Höfer, Ratten; Rosa Berger, Salzburg; Frieda Bergmann, Franz Mödlagl, Annemarie Reiss, Leopold Stangl, Wien. **85. Geburtstag:** Helmuth Vogl, Eisenstadt; Inge Glück, Linz; Franz Muhr, Mannswörth; Hoffmann, Salzburg; Melanie Wedl, Trumau; Hilde Palacios-Nunez, Wels; Ernst Braun, Franz Bria, Rosi Guttmann, Silvia Oberhauser, Stefan Schemer, Felix Spitzer, Hans Taschner, Wien; Josef Brunner, Wilhelmsburg. **80. Geburtstag:** Gertraud Reichstamm, Graz; Johann Ertl, Göllersdorf; Herbert Sivec, Groß-Enzersdorf; Ferdinand Icha, Korneuburg; Anna Ramsmaier, Linz; Herbert Berger, Maria Jatschka, BM a. D. Dr. Peter Jankowitsch, Wilhelm Kern, Franz Klackl, Johann Mauritz, Werner Niesser, Edith Oberhofer, Gottfried Pöttschacher, Anna Schindler, Wien. **75. Geburtstag:** Heinz Leubolt, Klosterneuburg; Christine Haager, Mödling; Elke-Marie Calic, Salzburg; Anton Bauer, Josefine Grosslicht, Maria Hofrichter, Irene Jesenko, Thomas Lachs, Anton Ladics, Peter Lahl, Maria Leopoldseder, Wien.

Das ÖVP-Wahlprogramm aus antifaschistischer Sicht

Genossin Natascha Strobl war so freundlich, dem „Kämpfer“ eine Zusammenfassung ihrer kritischen antifaschistischen Analyse des ÖVP-Wahlprogramms der vorliegenden Ausgabe zur Verfügung zu stellen:

Heimatvertriebene vs. Flüchtlinge? Mit dem Narrativ der „Heimatvertriebenen“ auf Seite 69 des ÖVP-Wahlprogramms wird versucht, in rassistischer und revanchistischer Manier kontextlos die deutsche Bevölkerung in Tschechien vor 1945 als die wahren Opfer des Zweiten Weltkriegs darzustellen. Ohne Ursache und Wirkung wird so getan, als sei die Rote Armee 1945 quasi aus dem Nichts gekommen und hätte die „brave“ deutsche Zivilbevölkerung vertrieben. Kein Wort über die Verbrechen der Wehrmacht und der SS in der Sowjetunion (Auslöschen ganzer Dörfer, Vergewaltigungen, Folter, Massaker). Kein Wort darüber, wer diesen Krieg begonnen hat. Kein Wort über die wahren Opfer dieses Krieges. Kein Wort darüber, dass Millionen

durch den Nazi-Faschismus ermordet wurden oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus ums Leben gekommen sind.

Unmittelbar nach 1945 wurden also diese „Heimatvertriebenen“ zum Symbol dafür, dass die Deutschen doch irgendwie Opfer gewesen sind. Und sie wurden zu einem großen Machtfaktor vor allem in der deutschen Politik. Auch in Österreich passt kein Blatt Papier zwischen Rechtsextremen und Bürgerlichen, wenn es um „Heimatvertriebene“ geht. Die Thematik wurde nicht so groß diskutiert wie in Deutschland und hängt sich weitgehend an den „Beneš-Dekreten“ auf. Von

der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt werken die Landsmannschaften, die in offen revanchistischer und großdeutscher Manier Anspruch auf die Gebiete erheben. Die Publikation „Der Eckart“ (früher Eckartbote) hat sich zu einem der wichtigsten rechtsextremen Medien im deutschsprachigen Raum gemausert. Dass die FPÖ hier keinerlei Berührungängste hat, ist wenig verwunderlich. Aber auch die ÖVP hat engen Kontakt zu den Landsmannschaften und subventioniert diese wo es geht. Das Bizarre ist, dass die „Heimatvertriebenen“ (von denen kaum noch einer am Leben ist) so verhätschelt werden, während richtige Flüchtlinge mit aller Härte bekämpft werden. Nicht zuletzt der Umgang mit den Refugees aus dem Servitenkloster zeigt die unglaubliche Heuchelei.

vereinten Nationen (2014) sind für uns eine Chance, um eigene Themenschwerpunkte zu setzen. Der Schutz der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit und der Rechte von Kindern sind fester Bestandteil der österreichischen Menschenrechtspolitik. Der Dialog der Religionen und Kulturen und der Schutz religiöser Minderheiten, insbesondere der Christen, sind uns als christlich-sozialer Partei ein wichtiges Anliegen. Die ÖVP bleibt auch ein traditioneller und verlässlicher Partner für Heimatvertriebene.

Im ÖVP-Wahlprogramm wird zwischen christlichen und anderen „Heimatvertriebenen“ unterschieden – als ob das eine Rolle spielt, wenn Menschen in Not sind.

Auch im Wahlprogramm werden Flüchtlinge vor allem mit Sicherheitsproblemen in Verbindung gebracht. Dazu wird in „guter“ Law-and-Order-Tradition „Recht muss Recht bleiben“ proklamiert. Hier liegt der wahre Rassismus: die Unterscheidung zwischen „guten“ deutschen Flüchtlingen und „bösen“ „ausländischen“ Flüchtlingen, die unter Generalverdacht gestellt werden.

Christenverfolgung. In eine ähnliche Kerbe schlägt die „Christenverfolgung“, die prominent im ÖVP-Wahlprogramm (Seite 69) vorkommt. Eine Majorität in Österreich eignet sich den Opferstatus einer (christlichen) Minderheit

in einem anderen Land an. Ein (fiktiver) Religionskrieg: „gutes“ Christentum gegen „bösen“ Islam wird dadurch befeuert. Dies wird weder kontextualisiert noch differenziert. So passt es auch in diese Logik, dass (christliche) Verfolgte zwar in einem anderen Land klar die Opfer, aber Verfolgte, die nach Österreich kommen, trotzdem die „Bösen“ sind. Ihnen wird eine Art Bündnis zu denen unterstellt, die irgendwo anders auf der Welt ChristInnen verfolgen. Das ist eine durch und durch rassistische Denkweise. So wird das Leid anderer gerne mit dem Leid von Flüchtlingen in Österreich aufgewogen und Letzteren damit gesagt, sie hätten kein Anrecht auf ihr eigenes Leid. Es wird so getan, als seien ChristInnen die am meisten verfolgte Gruppe überhaupt und dementspre-

chend wird recht einseitig allein darauf aufmerksam gemacht. Das ist nicht verwunderlich, da viele ÖVP-Umfeld-Organisationen tief in diesen Kreisen verwurzelt sind. Der Cartellverband (CV) ist ein starker Faktor in einem streng rechtskonservativen bis antidemokratischen Milieu, wo Menschenrechte nur für ChristInnen gelten und Dollfuß und Franco Helden sind.

Extremismus. Die ÖVP versucht auf Seite 72 des Parteiprogramms die leidige Extremismus-Debatte nach Österreich zu bringen. Eigentlich ist längst alles gesagt. Etwa, dass es einen Unterschied macht, ob man für mehr Demo-

kratie kämpft oder die Demokratie systematisch aushöhlen und bekämpfen möchte. In Deutschland wurde die Extremismus-Theorie zur Staatsdoktrin erhoben und damit antifaschistische Arbeit und damit antifaschistische Arbeit dort, wo sie am dringendsten nötig ist, erswert. Die Arroganz und Chuzpe ist atemberaubend: bei Rechtsextremisten wegschauen und sie vielleicht sogar noch fördern, als Partei(en) nichts gegen Rechtsextremismus unternehmen, als Regierung die Kommunen und Gemeinden sich selbst überlassen und dann die bestrafen, die in Selbstorganisationen gegen Nazis aufstehen. So in etwa dürfte sich das die ÖVP auch vorstellen, auch wenn CDU und vor allem CSU damit gescheitert sind. Mit den Kriminalisierungsversuchen von Anti-WKR-Ball-Demos, der TierschützerInnen und der

Refugees wurden schon erste Markierungen gesetzt. Gleichzeitig können sich Nazis in Österreich frei bewegen. Weder der WKR-Ball wurde und wird beobachtet, noch das Objekt 21 hatte das Innenministerium auf dem Radar. Bei Nazi-konzerten begrüßt die

Polizei die Gäste mit Handschlag und auch bei anderen Naziaktivitäten (etwa Alpen-donau.info) agiert das ÖVP-geführte Innenministerium mehr als lax. Im Verfassungsschutzbericht werden bei Rechtsextremismus nicht einmal Organisationen geschweige denn Treffen oder Namen genannt. Anstatt die größte Gefahr beim Namen zu nennen, wird Rechtsextremismus nebulös unter „Extremismus“ versteckt. Das schützt Rechtsextreme, das schützt Nazis. Das suggeriert, dass jene, die sich antifaschistisch betätigen, genauso sind wie Rechtsextreme. Das kriminalisiert AntifaschistInnen und nützt den Falschen.

Natascha Strobl ■



Buchbesprechungen

Mit dem Tode bestraft – für immer ehrlos?

Dem Vorsitzenden der Kärntner Freiheitskämpfer Vinzenz Jobst kommt der Verdienst zu, dieses Buch mitverfasst und herausgegeben zu haben. Aktueller Anlass war das im Mai 2013 enthaltene Mahnmal beim Eingang des Klagenfurter Landesgerichts für 47 mutige Menschen, die ihren Widerstand gegen das NS-Regime mit ihrem Leben bezahlen mussten. Mit diesem Mahnmal wird auch in Kärnten 68 Jahre nach der Niederlage der Hitlerdiktatur diesen Opfern und Familien endlich Respekt und Anerkennung erwiesen und öffentlich sichtbar gemacht.

Im Vorwort vermerkt LH Peter Kaiser u. a., dass das Denkmal ein Bekenntnis zu unserer Demokratie und zu universellen Menschenrechten ist. Die Lebensgeschichten der 47 Ermordeten haben große pädagogische Bedeutung für junge Menschen. Die Hingerichteten waren zur Zeit ihres Widerstands und ihres Todes nicht wesentlich älter als sie selbst heute.

Von den 47 Hingerichteten sind

im Buch für 25 von ihnen biografische Skizzen enthalten. Es handelt sich um Wehrmachtsdeserteure, um widerständige SozialdemokratInnen, KommunistInnen, KatholikInnen und junge Frauen und Männer aus unserer slowenischen Volksgruppe, die in den Reihen der Partisanen kämpften oder diese unterstützten.

Im Buch enthalten sind die Ergebnisse eines Gutachtens von Uni.-Prof. Dr. Karl Stuhlpfarrer zum ORF-Dokumentarfilm „Kärntner Partisanen“. Stuhlpfarrer stellt die starke politische Durchdringung Kärntens durch die Nazis bereits vor 1938 dar und zeigt die kollektiven Gewaltmaßnahmen gegen die slowenische Volksgruppe und die Repressionen und Verfolgungs- sowie Aussiedlungsmaßnahmen der radikalen Germanisierungspolitik nach dem Überfall auf Jugoslawien dar. Vor allem das Unrecht der Vertreibung und der Deportationen führt zum Partisanenwiderstand der Kärntner Slowenen. Stuhlpfarrer leistet damit eine Objektivierung der

Ereignisse und entzieht Vorurteilen und Legenden über die Kärntner Partisanen ihre falschen Grundlagen.

Wilhelm Baum stellt die Motive und die Ergebnisse der Freisler-Prozesse im Landesgericht Kärnten dar. Nach 1945 war das Landesgericht in Klagenfurt fast ausschließlich mit ehemaligen Nazis besetzt und ehemalige NS-Gendarmen ermittelten in Sachen Opferfürsorge gegen ihre früheren Opfer.

Im aufschlussreichen und engagierten Schlusskapitel befasst sich Vinzenz Jobst mit Fragen des Gedenkens und der Rehabilitierung. Jobst setzt sich kritisch mit der nach 1945 offiziell vertretenen „Opferthese“ auseinander und plädiert für ein europaweites neues Geschichtsverständnis, das über das gefühlsmäßige „Niemals wieder“ hinausgeht. Dabei geht es um ein tiefes Verstehen der komplexen Voraussetzungen, Strukturen und Elemente, die in der Vergangenheit zu den Verbrechen führten. Gleichzeitig geht es um ein Ver-

stehen, welche Umstände auch heute vorhanden sind, die einen zivilisatorischen Rückschlag ermöglichen können. Dieses Verstehen soll uns befähigen, allen faschistischen Gefahren und Anfängen frühzeitig und entschlossen zu wehren. ■



Jobst, Vinzenz (Hg.): *Mit dem Tode bestraft – für immer ehrlos? Opfer der NS-Justiz am Landesgericht Klagenfurt; gebunden; 95 Seiten; Verlag: Kitab Klagenfurt 2013. ISBN: 978-3-902878-24-3; € 12,-*

Ari Rath · Ari heißt Löwe · Erinnerungen



Ari Rath: *Ari heißt Löwe. Erinnerungen. 344 Seiten; Zsolnay Verlag 2012. ISBN: 978-3-552-05585-8; € 25,60*

Ari heißt Löwe

Vor kurzem ist die Biografie des Historikers Ari Rath erschienen. Der 1925 in Wien geborene Sohn galizischer Juden lernte als Jugendlicher den NS-Terror kennen. Nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich musste er im November 1938 mit seinem älteren Bruder Max nach Palästina fliehen. 1957 trat Rath in die Redaktion der „Jerusalem Post“ ein, deren Leitung er 1975 übernahm und deren Herausgeber er später wurde. Rath erzählt im Buch von seiner Arbeit mit David Ben-Gurion, Teddy Kollek, Golda Meir und Yitzhak Rabin.

Mit seiner Zeitung setzte er sich für Versöhnung im Nahen Osten ein. Ebenso machte sich der progressive Journalist um den Dialog zwischen Israel und Österreich bzw. Deutschland verdient. Das Buch wird an den Stellen interessant, wo es von der Politik Franz Vranitzkys berichtet, der von der These „Österreich als erstes Opfer der Nazis“ abging und sich zur Mitverantwortung seiner Bürger an den Verbrechen bekannte. Oder wenn der Leser erinnert wird, dass in Wien nur solches „arisiertes“ Eigentum restituiert wurde, das im Besitz der Stadt

oder des Bundes war, das heißt, dass die Nachkommen der „Arisen“ noch immer vom Unrecht der Jahre 1938 ff. profitieren.

Der Journalist Ari Rath war oft Zeuge einschneidender Ereignisse in Politik und Zeitgeschichte, besonders der verworrenen und verwirrenden israelischen Innen- und Außenpolitik. Das Israel von 2013 hat kaum mehr etwas mit dem Israel von 1948 gemein, und auch die Perspektiven scheinen nicht rosig zu sein. Warum, kann man Ari Raths Biografie entnehmen. ■



„Rot-Weiß-Rot gegen Hakenkreuz“ – Terror und Widerstand an der Steirischen Eisenstraße

„Mir gefällt an eurem Buch, dass ihr vielen Opfern des NS-Terrors ihre Gesichter, Namen und Lebensgeschichten zurückgegeben habt.“ Mit diesen Worten zollte eine engagierte Teilnehmerin, die als eine von hunderten zu den Präsentationen des Buches „Die Eisenstraße 1938–1945. NS-Terror – Widerstand – Neues Erinnern“ gekommen war, den drei Herausgebern, Werner Anzenberger, Christian Ehetreiber und Heimo Halbrainer, Anerkennung. Solche Zustimmung zur Aufarbeitung der NS-Geschichte gab es nicht immer. Bei ähnlichen Veranstaltungen noch vor 15 Jahren wurden österreichische Freiheitskämpfer, die sich gegen die Unmenschlichkeit des NS-Regimes aufgelehnt hatten, als „Banditen“, die Fronturlauber in die Luft gejagt hätten, oder „Hunde mit Flöhen“, deren Kontakt man meiden müsse, beschimpft. Christian Ehetreiber dazu: „Spätestens mit der Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialismus, das Eisenerzer Schülerinnen und Schüler initiiert hatten, setzte in weiten Teilen der Bevölkerung endlich ein Umdenken ein.“

Das Buch zeigt sehr gut, wie eine Region – die Steirische Eisenstraße – in nahezu allen Aspekten exemplarisch für die Lebensbedingungen im nationalsozialistischen Unrechtsstaat stand. Besonders bemerkenswert ist, dass in den Bergen um die Eisenstraße – vor allem also im Hochschwabmassiv und den Eisenerzer Alpen – versucht wurde, gegen das Naziregime militärischen Widerstand zu leisten. Dabei war die Partisangruppe Leoben-Donawitz um Sepp Filz, Max Muchitsch, Anton Wagner, Ferdinand Andrejowitsch, Silvester Heider und Johann Krenn nahezu völlig von anderen Widerstandsgruppen wie den Koralm-Partisanen im Süden der Steiermark und in Kärnten abgeschnitten.

Besondere Bedeutung kam der Bodenorganisation zu, in der Frauen wie Mathilde Auferbauer, Christine Berger oder Rosa Kahlig unverzichtbare Unterstützung leisteten. Der Bewegung gehörten Bauern und Landarbeiter, Gastwirte und Sennerinnen, Arbeiter und Angestellte, Unternehmer und sogar eine Adelige an. Viele von ihnen sollten im Gefecht mit nationalsozialistischen Formationen fallen, für ihre Widerstandstätigkeit hingerichtet oder ins Konzentrationslager verschleppt werden. Das Programm der Gruppe – die sich ja als Teil der österreichischen Freiheitsfront verstand – war österreichpatriotisch und zielte auf die Wiedererrichtung eines selbstständigen demokratischen Staates.

Nach Überwindung des Terrorregimes war Dank an die Freiheitskämpfer kein Thema, ja, im Gegenteil wurde alles daran gesetzt, sie zu benachteiligen und als „Vaterlandsverräter“ zu denunzieren. Ein gutes Beispiel: Bei einem Kampf beim Eisenerzer Bunker der Partisanen hatte der NS-Gefolgsmann Felix Roithner dem sich ergebenden und bereits entwaffneten Freiheitskämpfer Heinrich Konhauser, einem jungen Keuschler aus Tragöß, aus vier Schritten Entfernung in die Brust geschossen und ihn tödlich verletzt.

1950 wird Roithner, wie der Historiker Werner Anzenberger in seinem Beitrag ausführt, zwar verhaftet, die Staatsanwaltschaft Leoben findet aber trotz drückender, ja eindeutiger Beweislage keinen Grund, die Strafsache gegen den mutmaßlichen Mörder weiter zu verfolgen. Und der Höhepunkt der Verhöhnung und des Zynismus: Der Antrag der Angehörigen von Heinrich Konhauser auf Opferrente wird auf Grundlage der Zeugenaussage justament jenes Jägers und fanatischen Nazis, der die Partisanen verraten hatte, abgelehnt. Begründung: Heinrich Konhauser sei kein Freiheitskämpfer, sondern „bloß“ ein Deserteur gewesen.

Das Buch behandelt aber auch einen Abschnitt der Geschich-

te, den die Historiker Götz Aly und Christian Gerlach treffend als „Die letzten Kapitel des Holocaust“ bezeichnet haben. Zwischen Präbichl und Eisenerz verübte der örtliche Volkssturm an den zerlumpten, erschöpften und halb verhungerten Jüdinnen und Juden des Todesmarsches nach Mauthausen und Gunskirchen ein Massaker. Die Opferzahl konnte bis heute nicht exakt eruiert werden, ein Überlebender, der mit anderen zur Beseitigung der Leichen gezwungen worden war, zählte 220 bis 250 Tote, dazu kamen vermutlich 80 bis 100 Menschen, die in den darauffolgenden, enorm kalten Frühlingsnächten rund um Eisenerz erfroren oder verhungerten.

Bemerkenswert auch die Sätze der Autorin Eleonore Lappin-Eppel, die eindringlich zeigen, wogegen der Widerstand – und damit auch die Partisanen der Region – gekämpft haben: „Durch die entsetzlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen am Südostwall und während der Todesmärsche begannen die Jüdinnen und Juden äußerlich dem Zerrbild der NS-Propaganda zu ähneln. Sie wurden als lebende Skelette wahrgenommen, die wie Tiere die Wiesen kahl fraßen.“ Mit anderen Worten: Die Entmenslichung der Opfer erregte kein Mitleid, sondern förderte unmittelbar die entmenslichten Taten der Mörder. ■



Zwei Bände im Schuber: Werner Anzenberger/Christian Ehetreiber/Heimo Halbrainer (Hg.): *Die Eisenstraße 1938–1945. NS-Terror – Widerstand – Neues Erinnern*, Graz Clio 2013. Heimo Halbrainer, *Archiv der Namen. Ein papierenes Denkmal der NS-Opfer aus dem Bezirk Leoben*, Graz Clio 2013. ISBN: 978-3-9025442-33-5; € 29,90



Otto Bauer – Der große Theoretiker der Sozialdemokratie

Oscar Pollak eröffnete seine Rede zur Gedenkfeier des 80. Geburtstages von Otto Bauer mit einer kleinen Episode: Er sei von einem berühmten amerikanischen Historiker gefragt worden, ob denn die Politik der SPÖ (und damit die Geschichte der Republik) einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn Bauer 1945 noch am Leben gewesen wäre. Die Antwort lautete: Nein. Die Geschichte, der Macht der „Tatsachen“ gehorchend, wäre nicht anders verlaufen – aber verstanden hätten wir sie besser.

Dies trifft präzise den Kern der Sache. Bauer war von der Eigengesetzlichkeit der Geschichte, von der „ehernen Macht der geschichtlichen Tatsachen“ zutiefst überzeugt. Aber wenn dann eines jener Ereignisse eintrat, das dem weiteren Gang der Geschichte eine ganz unerwartete Wendung gab, dann war er wie kein Zweiter imstande, binnen kürzester Zeit Analysen von höchster Originalität vorzulegen. Schonungslos, nicht zuletzt gegenüber den eigenen Fehlern, verfasst mit dem kühl distanzierten Blick des Wissenschafters ebenso wie mit der Emotionalität des engagierten Parteimannes, zeichnen diese Studien die innere historische Logik solcher Ereignisse in un-nachahmlicher Weise nach. Es sind Agitationsschriften von weder vorher noch nachher erreichtem Niveau, historische Rechtfertigungen und praktische Anleitungen für künftige Politik in einem. In diesem Sinn gehören seine „Nationalitätenfrage“, seine „Geschichte der österreichischen Revolution“, seine unter dem Titel „Der Kampf um Wald und Weide“

publizierten Studien zur Agrarfrage, seine Abhandlung zu Rationalisierung und Fehlrationalisierung zu den Klassikern der politischen Literatur des 20. Jahrhunderts.

Bauers Sprache ist die des umfassend gebildeten Dialektikers: abwägend, prüfend, Argumente erörternd dort, wo es gilt, offene Fragen zu debattieren; affirmativ, klar, offen, selbst Wiederholungen nicht scheuend dort, wo es gilt, als richtig erkannte Standpunkte zu vertreten. Es ist die paradigmatische Sprache der Aufklärung, von hoher literarischer Qualität. Er war imstande, komplizierte und abstrakte Sachverhalte übersichtlich und nachvollziehbar darzustellen, ohne jemals ins Banale oder Vordergründige abzugleiten. Er konnte, wie Zeitzeugen und Weggefährten nicht müde wurden zu berichten, ganze Bücher druckreif aus dem Gedächtnis diktieren. Und dennoch: So fundiert Bauer in seinem Weltbild auch gewesen, so überzeugend er als führender Theoretiker des Austromarxismus auch aufgetreten sein mag, als praktischer Politiker blieb er, jedenfalls in entscheidenden Momenten, zögerlich und von eigentümlicher Unbestimmtheit. Wie überhaupt Widersprüche und Gegensätze die Person und die politische Figur Otto Bauer durchziehen. Wie alle Großen in einem hohen Maß uneitel, konnte er vor allem Intellektuellen gegenüber bis zur Grobheit abweisend sein und seine geistige Überlegenheit bis hin zur Arroganz ausspielen.

Den in seiner Partei organisierten Massen zollte er hingegen jeden Respekt und als hinrei-

ßender Redner konnte er über sich hinauswachsen. Er war ein überzeugter Internationalist und dennoch blieb er zugleich deutschnational. Sein Deutschnationalismus verstand sich in der Tradition der



Zur Person: Otto Bauer, geboren am 5. 9. 1881, wurde im Februar 1934 aus Österreich vertrieben, verstarb am 4. 7. 1938 in Paris, der zweiten Station seines Exils

1848er-Revolution, als republikanisch und demokratisch; und wenn er als erster Außenminister der Republik den Anschluss an ein demokratisches Deutschland anstrebte, so wurde eben auch auf sein Betreiben der Anschlussparagraph nach Hitlers Machtübernahme 1933 aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm gestrichen. Er galt gemeinhin als Theoretiker und hat dennoch mehr Artikel über die Fragen des praktischen Lebens der arbeitenden Menschen geschrieben als irgendwer sonst in seiner Partei. Er entstammte

einem assimilierten, jüdischen Großbürgermilieu und hat doch in seinem theoretischen Werk den Antisemitismus, den er als billigen Populismus und „Zeiterscheinung“ abtat, bestenfalls in Ansätzen thematisiert.

Bauers Werk steht (wenn man von seinem langjährigen innerparteilichen Gegenspieler Karl Renner absieht) gigantengleich über dem seiner Zeitgenossen. Im Alter von zehn Jahren verfasst er, in klassischem Versmaß und als „Weihnachtsgabe“ für seine Eltern, ein Drama über Napoleons Ende. Mit 26 Jahren bekleidet der promovierte Staatswissenschaftler den Posten eines sozialdemokratischen Klubsekretärs und steigt mit seiner Nationalitätenstudie in die erste Reihe der Theoretiker der Sozialistischen Internationale auf. In der sibirischen Kriegsgefangenschaft schreibt der Oberleutnant der k. u. k. Armee ohne jegliche Sekundärliteratur sein wohl anspruchsvollstes Buch, „Weltbild des Kapitalismus“. Sein im Exil verfasstes Spätwerk „Zwischen zwei Weltkriegen?“ wird in den 1970er Jahren zur theoretischen Grundlage eines neu formulierten, reformistischen dritten Weges. Die Wiederkehr des Nationalen im Gefolge der Sanften Revolutionen in Mittel- und Südosteuropa in den späten 1980er Jahren löst Übersetzungen seiner Nationalitätenfrage in alle Welt Sprachen und eine weltweite Debatte seiner Thesen zur nationalen Frage aus.

Mit freundlicher Genehmigung von Wolfgang Maderthaner
Erschienen in: Otto Bauer zum 60. Todestag, 1998

Eugen Wachold rehabilitiert

Ein weiterer großer Erfolg im Zuge der Rehabilitierung von Schutzbündler-Kämpfern während der Zeit des Austrofaschismus: Das Landesgericht Wien hat den bereits 1964 verstorbenen Schutzbündler Eugen Wachold auf Antrag seines Sohnes Kurt Wachold

rehabilitiert. Wachold wurde ab April 1934 für 42 Tage in Polizeigewahrsam festgehalten. Die Erhebungen des Gerichts wurden beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes durchgeführt. Am 12. Februar 1934 stand in Wien-Penzing eine Gruppe

Schutzbündler der Polizei gegenüber. Nach einem Schusswechsel hat es auf beiden Seiten einen Toten gegeben. Einen Tag darauf wurde Eugen Wachold in seiner Wohnung verhaftet und in das Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände gesperrt. ■



Tiroler Freiheitskämpfer/innen zu Hiroshima-Gedenktag

Gemeinsam mit den nationalen und internationalen Gegnern der Atomwaffen forderten heuer auch die Tiroler FreiheitskämpferInnen in Erinnerung an die österreichische Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner: „Die Waffen nieder!“ „Die Bedrohung der Welt durch Atomwaffen ist auch nach Hiroshima und Nagasaki sowie nach diversen

Supergaus in Atomkraftwerken aktuell“, erklärt Helmut Muigg von den Tiroler FreiheitskämpferInnen. Neben jenen Ländern, die im Besitz von Atomwaffen sind, greifen immer mehr Staaten und auch nichtstaatliche Akteure nach dieser Massenvernichtungswaffe. „Wir müssen diesen Wahnsinn stoppen“, stellt Muigg unmissverständlich klar. US-Präsident Obama hat in

seiner Berliner Rede vom Juni 2013 Verhandlungen zur Reduzierung von Atomwaffensystemen angekündigt. Festzustellen sei aber leider das Gegenteil: Die USA pumpen bis 2021 rund 700 Mrd. US-Dollar in die Modernisierung des eigenen Atomwaffenarsenals, europäische Atomwaffenstaaten investieren ebenso in neue Atomwaffensysteme. „Wir fordern eine Welt

ohne Atomwaffen“, wendet sich Muigg an die Öffentlichkeit und ergänzt das mit einem: „Heraus aus der Atomwirtschaft und Abschaltung der gefährlichen Atomkraftwerke!“. Er fordert alle Mitglieder von gesetzgebenden Körperschaften auf, für eine glaubwürdige Anti-Atom- und Neutralitätspolitik einzutreten und Initiativen in diese Richtung zu unterstützen. ■

Rechter Vandalismus in Salzburg

Ernüchtert musste der VSSStÖ Salzburg Ende August feststellen, dass das mit AKS und JUSOS gemeinsam genutzte Büro innerhalb von nur einem Monat bereits zum drit-

ten Mal Ziel einer rechtsradikalen Vandalismusattacke wurde, welche offensichtlich aus dem freiheitlichen Umfeld stammt. Sprüche wie „FPÖ statt SPÖ“ oder „rechtblau in jedem Gau“

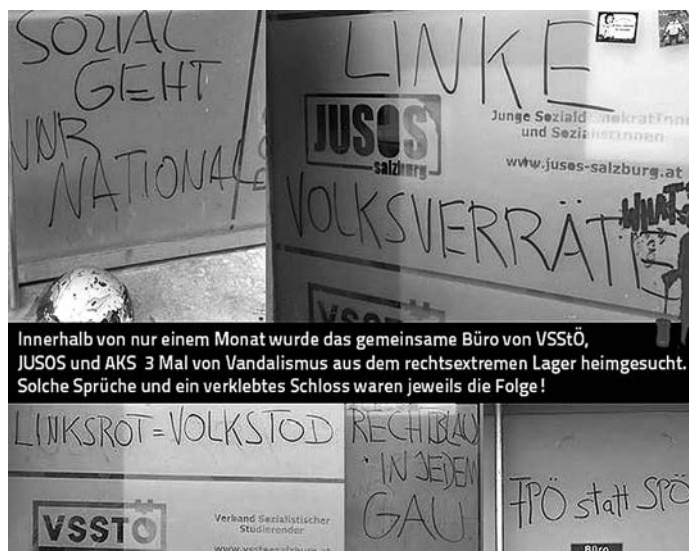
geben zumindest einen eindeutigen Hinweis auf die Herkunft der Schmiererei.

„Als ich heute in unserem Büro das wöchentlich stattfindende Plenum vorbereiten wollte, musste ich mit Erschrecken feststellen, dass unsere Eingangstür schon wieder mit rechtsradikalen Sprüchen beschmiert worden ist. Das Schloss müssen wir nun zum dritten Mal in nur einem Monat austauschen. Es wurde erneut irreparabel mit Superkleber zugeklebt“, schilderte Julia Wegmayr (VSSStÖ Salzburg) in einer ersten Reaktion das erneute Vorkommen.

Besonders entsetzt vom Inhalt der despektierlichen Sprüche zeigt sich auch Florian Koch (JUSOS Salzburg): „Nachdem in den vergangenen Wochen be-

reits Sprüche wie ‚Linke Volksverräter‘, ‚Sozial geht nur national‘ oder ‚linksrot = Volkstod‘ entfernt werden mussten, wurde die Eingangstür nun erneut mit menschenfeindlichen Parolen beschmiert. Ich will endlich einen Aufschrei gegen diese Menschenhetze aus dem dritten Lager.“

Darum wollen der VSSStÖ Salzburg, die JUSOS und die AKS nicht mehr stumm zusehen. „Diese Vandalinnen und Vandalen suchen offensichtlich die Öffentlichkeit. Dann sollen sie diese auch haben“, schließt Daniel Winter (ÖH-Sprecher, VSSStÖ Salzburg) und ergänzt: „Jeder und jede kann und soll sich selbst ein Bild über die Jen-seitigkeit solcher Sprüche aus dem Umkreis der FPÖ machen.“ ■



Innerhalb von nur einem Monat wurde das gemeinsame Büro von VSSStÖ, JUSOS und AKS 3 Mal von Vandalismus aus dem rechtsextremen Lager heimgesucht. Solche Sprüche und ein verklebtes Schloss waren jeweils die Folge!



Untersuchung der Straßennamen in Wien

Seit 2011 untersuchte eine Historikerkommission, bestehend aus Univ.-Prof. Oliver Rathkolb (Leitung), Birgit Nemec, Peter Autengruber und Florian Wenninger, im Auftrag der Stadt Wien die historische Bedeutung und Rolle jener Persönlichkeiten, nach denen Wiener Verkehrsflächen benannt sind. Das Straßennetz Wiens besteht aus ca. 6.600 Verkehrsflächen, davon sind 4.379 Namen personenbezogen. Anfang Juli 2013 wurden die Ergebnisse präsentiert.

159 davon sind als historisch kritisch einzustufen (= 3,6 Prozent). Diese kritischen Straßennamen wurden von der Kommission in drei Kategorien gewichtet: Kategorie A beschreibt „Fälle mit intensivem Diskussionsbedarf“, Kategorie B „Fälle mit Diskussionsbedarf“ und Kategorie C „Fälle mit demokratiepolitisch relevanten biografischen Lücken“. Den Bericht der Historikerkommission nimmt die Stadt Wien zum Anlass, die Kriterien für die Benennung von Verkehrsflächen zu überdenken und einen Katalog mit Empfehlungen zu erarbeiten.

Möglichkeiten, mit historischen Namen umzugehen, gibt es viele. Häufig kommen Zusatztafeln zum Einsatz, aber auch künstlerische Interventionen finden sich bereits im Stadtbild. Umbenennungen sollen weiterhin die Ausnahme bleiben.

Laut Oliver Rathkolb, dem Projektleiter der Historikerkommission, wurden Namensgeber von Verkehrsflächen erforscht, die antisemitische Einstellungen bzw. andere gruppenbezogene menschenfeindliche Vorurteile wie Antisemitismus vertreten haben bzw. dem Nationalsozialismus politisch nahegekommen wären. Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny betonte

bei der Präsentationspressekonferenz, dass die Auseinandersetzung mit den Straßennamen ein wichtiger Teil der aktiven Erinnerungskultur der Stadt sei. „Wien ist europaweit die einzige Millionenstadt, die eine systematische Aufarbeitung ihrer Straßennamen vorgenommen hat.“ Auch der grüne Koalitionspartner trägt die Aufarbeitung mit. Nach Kultursprecher Klaus Werner-Lobo hätte die Kultur des Wegschauens und Zudeckens dunkler Flecken der Vergangenheit nun endlich ein Ende. „Der Bericht bietet die Grundlage für die überfällige

Diskussion über personenbezogene Straßennamen darf aber nicht vergessen werden: Straßennamen dienen in erster Linie der Orientierung und dem Auffinden von Adressen. Daher sollten in Zukunft vermehrt historische Ereignisse, topografische und regionale Besonderheiten sowie Begriffe aus Fauna und Flora bei der Benennung von Verkehrsflächen herangezogen werden.

Umgang mit „kritischen“ Straßennamen

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, mit „kritischen“ Straßennamen

Geschichte zu thematisieren, die dunklen wie die hellen Seiten.“

Kritik am Bericht, konkret an der willkürlichen Kategorisierung (siehe oben) und an der Unvollständigkeit, äußerte DÖW-Mitarbeiter Stephan Roth. Laut Roth wurden NSDAP-Mitglieder, wie z. B. der ehemalige Wirt des Schweizerhauses im Prater, Karl Kolarik, im Bericht vergessen. Oliver Rathkolb wies die Kritik Roths zurück, zeigte sich aber gegenüber Hinweisen und Ergänzungen aufgeschlossen. Insofern sind die Wiener Be-



Die Auseinandersetzung mit den Straßennamen ist ein wichtiger Teil der aktiven Erinnerungskultur

kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte.“

Politische Konsequenzen aus dem Bericht

Die Stadt Wien nimmt den Bericht der Historikerkommission zum Anlass, die Kriterien für die Benennung von Verkehrsflächen zu überdenken und einen Katalog mit Empfehlungen zu erarbeiten. Ein diesbezüglicher Antrag wurde im Gemeinderat eingebracht und von allen Parteien einstimmig angenommen. Straßennamen sollen sich künftig durch Erkennbarkeit, Unterscheidbarkeit, Kürze und Wien-Bezug auszeichnen. Insbesondere bei personenbezogenen Straßennamen sollen objektivierbare Verdienste vorliegen, historische Vorab-Prüfungen durchgeführt sowie die migrantische Diversität und Gendergerechtigkeit berücksichtigt werden. Bei aller

umzugehen. Häufig kommen Zusatztafeln zum Einsatz, aber auch künstlerische Interventionen finden sich im Stadtbild. Des Weiteren sollen ausführliche Informationen im Online-Lexikon der Wiener Straßennamen Eingang finden. Bei der Prüfung der Straßennamen fiel den Mitgliedern der Historikerkommission auf, dass von zahlreichen, für die Republik wichtigen PolitikerInnen keine ausreichende Biografie vorliegt. Angeregt wird daher, dass Positionen, Einstellungen und Wirken jener Personen in zeitgeschichtlich heiklen Fragen erforscht werden. Darüber soll es einen wissenschaftlichen und von den Bildungseinrichtungen aller Parteien getragenen Diskurs geben. Umbenennungen sollen jedoch weiterhin die Ausnahme bleiben. Denn, so Genosse Mailath-Pokorny: „Jede Stadt hat ihre Geschichte. Es geht darum, die

zirkumsfunktionäre unseres Bundes aufgerufen, einen kritischen lokalen Blick in den Bericht zu werfen, allfällige hilfreiche Feststellungen zu machen und diese mitzuteilen.

Abschließend eine Auswahl von im Bericht angeführten Politikern:

Kategorie A: Leopold Kunschak, Kategorie B: Julius Raab, Karl Renner, Adolf Schärp, Johannes Schober, Ignaz Seipel, Karl von Vogelsang, Kategorie C: Adolf Czettel, Josef Gerö, Rudolf Salinger, Franz Schuhmeier und als Sonderfall Friedrich Adler (wegen der Erschießung von Ministerpräsident Graf Stürgkh). Die Begründungen können im Bericht nachgelesen werden: <http://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamen-bericht.pdf>

Gerald Netzl ■



Bundeskonferenz 2013

Die Bundeskonferenz der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen findet am Samstag, dem 16. November 2013, im Renner-Institut, Bruno Kreisky Saal, Eingang Gartenhotel Altmannsdorf, Hoffingergasse 26, 1120 Wien, statt.

Teilnahmeberechtigt sind die Delegierten der Landesverbände, der Bundesvorstand sowie geladene Gäste.

Die Einladungen an die Delegierten erfolgen durch das Sekretariat. ■

In der nächsten „Kämpfer“-Ausgabe

Die Arbeiten für einen sanften Relaunch des „Kämpfers“ sind bereits angelaufen. Unsere Zeitung soll eine übersichtlichere Struktur bekommen und auch Raum für inhaltliche Auseinandersetzung bieten. Dafür sollen sowohl routinierte wie auch jüngere Genossinnen und Genossen (wieder-) gewonnen werden. Ich bin zuversichtlich, dass im nächsten Heft bereits erste Fortschritte sichtbar sind. Der

Fokus bleibt freilich darauf, die vielfältigen Aktivitäten unserer Strukturen abzubilden. Dafür sind wie immer alle Landesorganisationen herzlich eingeladen, Berichte über ihre Aktivitäten im „Kämpfer“ zu veröffentlichen. In der nächsten Ausgabe werden wir u. a. ausführlich über die Bundeskonferenz und auch über die Benennung des „Rosa Jochmann-Hofs“ berichten.

Martin Oppenauer ■

Gedenkmarsch

am Freitag, dem 1. November, ab 9 Uhr,
vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofes.

Der Gedenkmarsch beginnt um 9.30 Uhr.

Der Gedenkmarsch führt an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus 1934–1945.

Weiter gehen die Teilnehmer zu dem Mahnmal für die Opfer der „NS-Justiz“ in der Gruppe 40. **Hauptredner beim Mahnmal der Stadt Wien: Erich Foglar, Präsident des Gewerkschaftsbundes.**

Der Abschluss des Gedenkmarsches erfolgt mit einer Kranzniederlegung im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer.

Die freie Marktwirtschaft

Von Kurt Tucholsky

*Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Fort, die Gruppen – sei unser Panier!
Na, ihr nicht. Aber wir.*

*Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,
keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet euch allesamt was schämen,
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen.
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn –
wollt ihr wohl auseinandergehn!
Keine Kartelle in unserm Revier!
Ihr nicht. Aber wir.*

*Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
in Interessengemeinschaften fest zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier ...
Ihr nicht. Aber wir.*

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Annemarie Hopfgartner, Albert Kaufmann, Ali Kohlbacher, Patricia Krieger, Wolfgang Maderthaler, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Martin Oppenauer, Hannes Schwantner, Herta Slabina, Natascha Strobl. **Grafische Gestaltung:** Jennifer Neumann. **Lektorat:** Roswitha Horak, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. September 2013.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29. November 2013.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at

Produktionsleitung: VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z033355M